

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellschuld monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Straßband 4,- M. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Jahresbeitrag 36,- M. (einschl. Postgebühren) oder beim Kassenzug 40,- M., wenn der Kassenzug ohne Postgebühren erfolgt. Bei Auslandsendungen 48,- M. (einschl. Postgebühren). Inverke für den bezugsberechtigten Lesenden ist 3,- M. nachmittags bei der Expedition aufzugeben. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Ablehnung des Eintritts durch die U.S.P.

Die sächsische Landtagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie und die Vertreter der sächsischen Wahlkreise haben gestern in Leipzig auf einer Konferenz zu dem Vorschlage einer Regierungsbildung mit der S.P.D. Stellung genommen. Die Konferenz gelangte einmütig zu dem Ergebnis, daß die U.S.P.D. sich nicht dazu gebrauchen lassen könne, als Minorität im Ministerium die Regierungshandlungen der S.P.D. mitverantwortlich zu machen und daß ferner an die von den Arbeitern aller Richtungen aufgestellten Forderungen nach Sicherung der politischen Funktionen der Arbeiterräte unter allen Umständen festgehalten werden müsse. Sie hat dies der S.P.D. mitgeteilt und daran eine Schilderung der Gewaltpolitik der rechtssozialistischen Regierung gegen die Arbeiterklasse geknüpft, die sich besonders stark gerade in den letzten Tagen offenbart hat.

Aus der ganzen Situation ergibt sich die Notwendigkeit von Neuwahlen in Sachsen.

Zur Frage der Regierungsbildung in Sachsen.

Eigener Drahtbericht der 'Freiheit'.

Leipzig, 24. September.

Eine gemeinschaftliche Sitzung des Landesvorstandes der U.S.P. mit der Volkskammerfraktion der S.P.D. hat am 23. September sich mit den Einigungsverhandlungen zwischen beiden Parteien beschäftigt und ist zu dem Resultat gekommen, daß die Verhandlungen für die U.S.P. ergebnislos sind. Die S.P.D. hatte darauf bestanden, daß der U.S.P. die Parität bei der Bildung des Ministeriums nicht zugestanden werden könne, und außerdem hat sie in der Frage der politischen Arbeiterräte die Bewilligung der Forderungen der U.S.P. verweigert. Die Konferenz hat weiter festgestellt, daß während der Verhandlungen der Belagerungszustand nicht bloß aufgehoben, sondern noch weiter verschärft worden ist und daß gerade in diesem Augenblicke der Verhandlungen der Kommunist Oedert und Frau Davidowski aus Chemnitz und aus Sachsen ausgewiesen sind. Die Konferenz erklärt, daß die U.S.P. in Sachsen an ihren neuen Forderungen, die sie für die Regierungsbildung aufgestellt hat, festhält und daß das Scheitern der Verhandlungen den Rechtssozialisten zur Last fällt.

Abgabe englischer Sozialisten an Lloyd George.

Rotterdam, 24. September. (Telunion.)

Nach Meldungen aus London richtete die englische sozialistische Partei eine Note an die Presse, in welcher die Gerüchte dementiert werden, denen zufolge Lloyd George der Partei verschiedene Vorschläge gemacht haben soll. Die Note besagt: 'Man muß diese Gerüchte der Verlogenheit zuschreiben, in welcher sich der Premierminister befindet, der an seine Partei gekettet ist, nachdem die letzten Wahlen den Beweis für den völligen Einfluß dieser Partei erbracht haben.' Darin muß man ein Zeichen lebhaften Misfallens der Arbeiterpartei gegen Lloyd George erblicken.

Neue Forderungen d'Annunzios.

Vera, 23. September.

d'Annunzio beanspruchte in einer Rede, die er am Nationalfeiertage gehalten hat, außer der Stadt Trium und deren Landgebiet auch den Hafen und die Eisenbahn für Italien. Jede andere Lösung sei unannehmbar.

Konferenz der baltischen Sozialdemokraten.

Reval, 23. September. (T. U.)

Die Konferenz der sozialdemokratischen Parteien Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens stellte die große Gefahr fest, die den baltischen Staaten und dem Westbaltikum durch u. d. Holz und den unter Kontrolle stehenden Truppen in Litauen und Ausland droht, zu welchen sich noch täglich mit Munition gut versorgte Truppen aus Deutschland gesellen. Die von der Konferenz angenommene Entschließung besagt, daß die baltischen Staaten das Friedensangebot der russischen Provisorischen Regierung annehmen müssen, um die Hände frei zu bekommen für den Kampf gegen den Sozialismus und den Militarismus der verabschauten deutschen und russischen Reaktionen. Was der Frieden müsse ein fester und dauernder sein, der die Selbstbestimmtheit, die Unantastbarkeit und die friedliche Entwicklung der baltischen Staaten garantiert.

ren deutschen und russischen Reaktionen. Was der Frieden müsse ein fester und dauernder sein, der die Selbstbestimmtheit, die Unantastbarkeit und die friedliche Entwicklung der baltischen Staaten garantiert.

Neue Erfolge Denikins.

Quang, 24. September.

Aus London wird gemeldet: Das Kriegsamt teilt mit, daß Denikins Truppen einen neuen großen Erfolg zu verzeichnen haben. Die Stadt Kursk, die an der Eisenbahn von Charlow nach Moskau liegt und die Endstation der Bahn aus dem Westen von Woronesch ist, wurde von ihnen erobert.

Der amerikanische Stahlstreik.

New York, 24. September.

Am Sonntag wurden allenthalben in den Stahlwerken Versammlungen abgehalten, wozu einige durch die Staatspolizei gesprengt wurden. Es besteht ein ziemlich harter Gegensatz zwischen den ausländischen und amerikanischen Arbeitern, da die letzteren wenig zum Streik geneigt sind. Der Stahlstreik engagiert 10 000 Arbeiter für den Eisenindustrie.

Basel, 24. September.

Sobas meldet aus New York: Die Zahl der Streikenden in der Stahlindustrie betrug am Montag mittags 284 000, wozu 6000 in Chicago und 80 000 in Cleveland.

Quang, 24. September.

Aus New York wird gemeldet: Während der Arbeitsunruhen in Pittsburg sind 8 Männer und 2 Frauen bei einer Schießerei verwundet worden. 400 Streikende haben die Arbeitswilligen angegriffen, so daß die Polizei einschreiten mußte.

Das Betriebsrätegesetz im Ausschuss.

Der Ausschuss der Nationalversammlung zur Beratung des Betriebsrätegesetzes begann am Dienstag seine Beratungen. Nach kurzer Aussprache nahm der Ausschuss eine Einladung der industriellen Verbände zur Teilnahme an einer Versammlung über das Gesetz an. In der Generaldebatte erklärte der Berichterstatter Abg. Erzeleng (Dem.) den Grundgedanken des Gesetzes für gut, seine Ausführung aber für falsch. Gewerkschaften und Unternehmerverbände genügen zur Vertretung der beiderseitigen Interessen. Der Berichterstatter legte einen von ihm ausgearbeiteten Gesetzentwurf vor. Er tadelt an der Regierungsvorlage, daß diese in ihrer Tendenz zur Syndikalisierung in den Betrieben führen müsse. Abg. Ehrhardt (Zentr.) wollte den Gesetzentwurf nicht vom Parteistandpunkt aus betrachten wissen, sondern nur von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Leider beständen immer noch die Gegensätze, daß auf der einen Seite versucht würde, radikal zu sozialisieren, während andererseits die Unternehmer diktatorisch herrschen wollten. Im Betriebsrat müßten alle Gruppen der Arbeiter und Angestellten gleichberechtigt vertreten sein.

In der Ratsamtlageführung des Ausschusses führte Reichsarbeitsminister Schilde aus, daß der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitern, den man von dem Gesetz befürchte, schon vor dem Gesetz bestanden habe. Er suchte den Bürgerlichen den Grundgedanken des Gesetzes schmachtend zu machen, indem er erklärte, daß die Bestimmungen des Gesetzes zumeist nicht neu, sondern schon in den Gesetzen über Arbeiterausschüsse und Koalitionsrecht usw. enthalten seien. Es wäre ja besser gewesen, das ganze zu erwartende sozialpolitische Programm vorzulegen, aber über sein Können müsse niemand. Das vorliegende Gesetz sei eigentlich nur ein Rahmengesetz. Sollten den Betriebsräten durch Tarifverträge erweiterte Befugnisse zugewiesen werden, so habe die Regierung dagegen nichts einzuwenden. Mit dem von den Demokraten vorgelegten Entwurf könne sich der Minister nicht einverstanden erklären.

Herr Erzeleng erläuterte noch einmal seinen Gesetzentwurf. Er hob besonders hervor, daß sich die Demokraten entschieden gegen die Vorlage der Bilanz und gegen die Teilnahme der Betriebsräte am Ausschuss wenden müßten. Wie zu erwarten war, auch wir halten von diesen Bestimmungen nicht viel und fordern dringend die erhebliche Vermehrung der Befugnisse der Betriebsräte. Aber es ist doch sehr reizvoll, zu beobachten, wie sich der Führer der in den Wirtschaftskreisen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter so ganz und gar zum Verklarer der einseitigsten Kapitalisteninteressen misbrauchen läßt.

Einheit oder Dreiteilung der Internationale?

Von Friedrich Adler.

Wir bringen den nachstehenden Artikel aus der demnächst erscheinenden Nummer des 'Kampf', der wissenschaftlichen Wochenchrift der deutsch-sozialistischen Sozialdemokratie, als einen wichtigen Beitrag zur Diskussion. Unser Freund Friedrich Adler scheint uns nur die besondere Stellung der deutschen Rechtssozialisten nicht genügend zu berücksichtigen, die nicht nur wegen ihrer Kriegspolitik, sondern vor allem wegen ihres konterrevolutionären Verhaltens seit dem 9. November an dem Sozialismus gestreift haben.

Die bittere Erkenntnis, daß die erste entscheidende Niederlage im Weltkrieg die sozialistische Internationale erlitten hat, unterliegt heute keiner Bestreitung mehr. Die Nationen sprachen zu deutlich. Vom Juli 1914 bis zum Februar 1919 hat keinerlei Sitzung der Internationalen Sozialistischen Bureaus stattgefunden. Durch dreieinhalb Jahre war die Internationale absolut aktionsunfähig. Ebenso unabweisbar ist, daß die Schuld an dieser Niederlage die Kriegspolitik, die die sozialistischen Parteien in den meisten Ländern im August 1914 begannen, trägt. Sinnvollster Beweis hierfür: die Zimmerwalder Konferenzen, die gegen diese Politik Front machten, waren während des Krieges möglich. Aber auch die Zimmerwalder Konferenzen waren nur im Negativen, in der Ablehnung der Politik an Seite der herrschenden Massen einig. Während ihre große Mehrheit das Hauptgewicht auf die Forderung eines Friedens ohne Annexionen und Kriegsenjehädigungen legte, stand die von Lenin geführte 'Zimmerwalder Linke' schon damals auf dem Standpunkt, daß aus dem Weltkrieg — förmlich naturnotwendig — unmittelbar die Weltrevolution hervorgehen müsse, und daß eine auch nur zeitweise Erhebung des Kapitalismus nach dem Weltkrieg geradezu 'theoretisch' ausgeschlossen sei, die ganze Taktik des Proletariats also einzig auf den unmittelbaren Zusammenbruch des Kapitalismus einzustellen ist.

Die 'Zimmerwalder Linke' konstituierte sich, nachdem sie die Zimmerwalder Organisation 'für aufgelöst' erklärt hat, als 'dritte Internationale'. Die Mehrheit von Zimmerwalder gehört zum größeren Teil noch der alten Organisation — der zweiten Internationale — an, zum Teil ist sie, vor allem die Italiener, zur dritten Internationale übergegangen. Wir haben es also heute zwar nur mit zwei organisatorischen Gebilden zu tun — der zweiten und dritten Internationale —, aber mit drei Grundtendenzen, die in ihnen miteinander ringen. Dies wird am deutlichsten in Deutschland, wo die Spaltung in drei Parteien leider vollzogen ist. Gegenüber den Rechtssozialisten, die die Kriegspolitik des 4. August als einzig mögliche weiter verteidigen, und den Spartakisten, die sich rückhaltlos zur kommunistischen dritten Internationale bekennen, stehen die Unabhängigen, die in der Kritik der zweiten Internationale mit den Spartakisten einig sind, die Gesichtsperspektive der Kommunisten aber als einzig mögliche nicht anerkennen vermögen.

Aus der Existenz dieser drei Richtungen im Proletariat, die in allen Ländern, wenn auch in der organisatorischen Erscheinungsform und im Kräfteverhältnis verschieden, auftreten, erwächst mehr oder minder bewußt die Tendenz, die Dreiteilung auch auf den Boden der Internationale zu übertragen. Insbesondere stark ist dieses Bedürfnis natürlich bei den Unabhängigen Deutschlands, die im eigenen Lande von Rechtssozialisten und Spartakisten reinlich geschieden sind, auf internationalem Boden aber vor der bösen Alternative stehen, entweder in der zweiten Internationale mit den Rechtssozialisten am gemeinsamen Tisch verbleiben zu sollen, oder sich in der dritten den Kommunisten völlig unterordnen zu müssen. Daher der Wunsch der deutschen Unabhängigen, daß die Rechtssozialisten aus der zweiten Internationale ausgeschlossen werden mögen und so deren Charakter als internationale Organisation, die auf dem Boden der Unabhängigen steht, deklariert werde.

Auch unser Verhältnis zur zweiten und dritten Internationale ist: uns gefallen beide nicht. Wir sind mit dem Unabhängigen Deutschlands in bezug auf die Kritik

